

Nürtinger Zeitung

02.05.2017, Von Andreas Warausch

„Der 1. Mai ist unser Tag“

Traditionelle Kundgebung des Gewerkschaftsbundes fand gestern in der Nürtinger Kreuzkirche statt – Bildung im Mittelpunkt

Nichts wurde es gestern mit einer sonnigen 1.-Mai-Kundgebung und einer zünftigen Hocketse auf dem Nürtinger Schillerplatz. Das schlechte Wetter zwang die Gewerkschafter in die Kreuzkirche.



Der regionale GEW-Chef Hans Dörr forderte am 1. Mai in Nürtingen eine Reformkommission für die Bildung. Foto: Warausch

NÜRTINGEN. Die Kirche war dann beinahe bis auf den letzten Platz gefüllt. Dort präsentierte Hans Dörr, der Vorsitzende der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft Esslingen/Nürtingen, eine inhaltlich starke Rede, in der er eine Reformkommission Bildung forderte.

Kuschelig eng statt feucht und kalt: Die morgendliche Entscheidung der Gewerkschaftler, sich in die Kirche zurückziehen, erwies sich angesichts des rechtzeitig vor Kundgebungsbeginn einsetzenden Regens als goldrichtig. Drinnen dann gaben erst einmal wie stets bei den Nürtinger Mai-Kundgebungen des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) die Musiker des Musikvereins Oberboihingen den Takt an, ehe Hans Schweizer, der Vorsitzende des Nürtinger DGB-Ortsverbands, die Gäste begrüßte. „Der 1. Mai ist unser Tag“, sagte Schweizer.

Der DGB kämpfe erfolgreich für das Wohl der arbeitenden Menschen. Er engagiere sich aber auch wie keine andere Organisation für die Demokratie. Das diesjährige Mai-Motto „Wir sind viele, wir sind eins“ sei deshalb auch als Kampfansage an die „Feinde unserer Demokratie“ zu verstehen. Denen werde es mit ihrer Deutschtümelei, ihren Hasstiraden gegen Flüchtlinge und den Islam und ihrem Schüren von Rassismus, Angst und Gewalt gegen alle, die aus ihrer Sicht anders seien, nicht gelingen, die Gewerkschaft zu spalten.

Die Gewerkschaften setzten sich für Vielfalt in Einheit ein. Man lebe in einem offenen Einwanderungsland, das allen die gleiche Chancen biete und in dem es sozial gerecht zugehen müsse. „Die demokratischen Parteien müssen den engen Schulterschluss üben gegen die Rechtspopulisten“, forderte Schweizer.

Zugleich demonstrierte man am 1. Mai auch für mehr soziale Gerechtigkeit, so der Ortsverbands-Vorsitzende. Das gelte für den Arbeitsmarkt, bei der Rente, bei der Krankenversicherung, bei den Löhnen. Die Digitalisierung sei eine gesellschaftliche Herausforderung. Die Forderung nach einer solidarischen Gesellschaft beinhalte auch die Forderung nach Steuergerechtigkeit. Das Wahljahr 2017 sei von besonderer Bedeutung. Man rufe alle auf, zur Wahl zu gehen und seine Verantwortung wahrzunehmen.

Gerechtigkeit beinhalte auch, gute Bildung für alle einzufordern, so Schweizer. Damit leitete er zum Hauptredner der Kundgebung, Hans Dörr von der Bildungsgewerkschaft GEW, über. Der zitierte eingangs seiner Rede Immanuel Kant, den großen deutschen Philosophen der Aufklärung. Kant habe auf die lebenslange Herausforderung hingewiesen, selbst zu denken, mündig zu werden und den anstrengenden Weg der Bildung zu gehen, wobei dazu auch Gesellschaft beitragen müsse.

Ist Deutschland denn eine Bildungsrepublik?

Kritisch stellte Dörr die Frage, ob Deutschland ein Bildungsland oder gar eine Bildungsrepublik sei. Neben vielem Gelingenden gebe es auch vieles, das nicht gut laufe. Deshalb sei eine der Mai-Forderungen auch die nach einer Reformkommission Bildung, die sich für gute Bildung für alle einsetze. Schon im Zuge des nationalen Bildungsberichts bezeichnete Kanzlerin Angela Merkel 2008 den Ausbau des Bildungssektors als zentrale politische Aufgabe. Die öffentlichen und privaten Ausgaben für die Bildung sollten bis 2015 auf sieben Prozent des Bruttoinlandsprodukts ansteigen. Erreicht worden seien aber nur 4,2 Prozent.

Der aktuelle OECD-Bildungsbericht kritisiere Chancengerechtigkeit und Unterfinanzierung des deutschen Bildungssystems. Dörr: „Von Bildungsrepublik kann noch keine Rede sein.“

Der DGB formulierte angesichts dieser schlechten Zwischenbilanz einige Herausforderungen, die Dörr vorstellte. Viele junge Menschen hätten keinen Berufsabschluss. Die enge Kopplung von sozialer Herkunft und Bildungserfolg führe zu sozialer Spaltung. Eine regionale Spaltung zeige sich unter anderem in den Städten durch soziale Spannungen und auf dem Land im Kampf um den Erhalt von Schulen, erläuterte Dörr. Problematisch sei auch die strikte Trennung von beruflicher und akademischer Bildung. Auch der wachsende Anteil von privaten Schulen sei eine Herausforderung, denn gerade in den großen Städten führe dieser zu sozialer Entmischung und gesellschaftlicher Spaltung.

Freilich stelle auch die Integration von Zuwanderern die Gesellschaft vor eine Herausforderung. Die Zahl ausländischer Jugendlicher ohne Schulabschluss sei immer noch viel zu hoch. Angesichts der vielen Flüchtlinge dürfe es eine Bildungskokurrenz zwischen Flüchtlingen und Einheimischen nicht geben.

Deshalb solle die vom DGB geforderte Reformkommission eine Bildungsstrategie formulieren, sagte Dörr. Dazu gehöre unter anderem der Ausbau von Krippenplätzen und Ganztagschulen, die Verbesserung frühkindlicher Bildung und eine Ausbildungsgarantie für Jugendliche. Wichtig ist laut Dörr nicht nur ein schlüssiges Finanzierungskonzept für lebenslanges Lernen, sondern auch die Verbesserung der Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten im Bildungswesen. Gute Bildung koste eben Geld.

Dafür müsse das Land die progressiven Kräfte bündeln. Man müsse der Spaltung der Gesellschaft entgegenwirken, um das weit verbreitete Ungerechtigkeitsempfinden zu bekämpfen. Dörr: „Bildung ist der entscheidende Schlüssel.“ Ein Schlüssel zu politischer und zivilgesellschaftlicher Teilhabe. Dabei sei Bildung kein passiver Konsumvorgang. Bildungsarbeit könne auch anstrengend und fordernd sein.

Letztlich zitierte Dörr in Anlehnung an den amerikanischen Kommunikationswissenschaftler Neil Postman die beiden großen warnenden Visionäre George Orwell und Aldous Huxley. Das Ende der offiziellen Kundgebung gehörte aber wieder handfesterem gewerkschaftlichem Brauch. Hand in Hand sang man in der Kirche das Arbeiterlied „Brüder zur Sonne, zur Freiheit“ – ein auch angesichts des Anti-Hocketse-Wetters durchaus verständlicher Wunsch der Versammlung.